

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
14 / 2007

Soziale Sicherheit und Frieden

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9
V&R unipress

V&R  unipress

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial:	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

<i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen</i> Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat	19
<i>Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i> Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein, Hartmut Häußermann	43
<i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i> Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet, Franz Kamphaus	65
Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag <i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit</i>	89
<i>Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i> Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf	103
Ursula von der Leyen, Berlin <i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .	123

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

- Stefan Hanheide, Osnabrück
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie«* 143

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

- Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur, am 25. Oktober 2006* 153

- Dieter Senghaas, Bremen
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück* 157

- Roland Czada, Osnabrück
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung
im deutschen Wohlfahrtsstaat* 169

- Hamideh Mohagheghi, Hannover:
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime
in Deutschland so schwierig?* 185

- Alrun Niehage, Osnabrück
»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität 193

- Rainer Werning, Köln
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel.* 209

IV. ANHANG

- Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 224
Abbildungsnachweis 230

Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?

Podiumsveranstaltung zum Osnabrücker Friedenstag
im Rahmen des Festaktes
»20 Jahre Osnabrücker Friedensgespräche«
am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück

<i>Franz Müntefering</i>	Bundesminister für Arbeit und Soziales, Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland
<i>Prof. Dr. Kurt Biedenkopf</i>	Vorsitzender des Kuratoriums der Hertie School of Governance, Berlin Ministerpräsident a.D. von Sachsen
<i>Prof. Dr. Roland Czada</i> <i>Prof. Dr. György Széll</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

Roland Czada: Das Thema ›Krise ohne Ende?‹ ist als Frage formuliert, und es ist zu hoffen, dass diese Frage am Ende unserer Diskussion verneint werden kann. Wir bitten dazu unsere Gäste um ihr Eingangsstatement.

Franz Müntefering: ›Krise ohne Ende?‹ – Am Ende steht hier in der Tat ein Fragezeichen, aber oft wird in Deutschland dieses Fragezeichen weggelassen. Es erscheinen Bücher etwa unter dem Titel *Deutschland. Der Abstieg eines Superstars* oder *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen* oder: *Das Ende der Sozialen Marktwirtschaft* oder von *Hans-Werner Sinn* das Buch *Ist Deutschland noch zu retten?*

Die Lage im Herbst 2006 lässt sich auch anders darstellen: Wir haben 409.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr; davon 90.000 junge Menschen. Wir haben 830.000 offene Stellen, das sind etwa 200.000 mehr als vor einem Jahr. Zu Anfang des Jahres wurde maximal 1% Wachstum prognostiziert; jetzt sind bereits 2% erreicht. Diese Tendenzen werden sich im kommenden Jahr fortsetzen. Die sozialen Sicherungssysteme nehmen zusätzliches Geld ein: Die Arbeitslosenversicherung 1-1,5 Mrd. Euro, die Rentenversicherung 3-4 Mrd. Euro. Deutschland liegt, was die Standort-

attraktivität angeht, im internationalen Vergleich an dritter Stelle – hinter den USA und China. Diese Erfolge werden nicht ausreichend registriert. Dabei gehen sie nicht nur auf die Politik zurück. Die Wirtschaft und viele andere haben daran Anteil. Aber ohne die Politik wären sie nicht zustande gekommen. In den vergangenen Jahren haben wir Steuern gesenkt; wir haben mit einem 25-Milliarden-Programm begonnen, Anstöße für die Binnenkonjunktur zu geben, die daraufhin gut angesprungen ist. Im Einzelnen geht es u.a. um energetische Gebäudesanierung, also um die Modernisierung von Häusern, Wohnungen und Grundstücken. Alle Fördermittel für das Jahr 2006 sind bereits verbraucht und weitere 360 Millionen wurden nachgeschoben. Das Handwerk sowie kleinere und mittlere Unternehmen haben davon profitiert. Die Große Koalition hat Mut bewiesen, nicht die Negativspirale des Schrumpfens und Sparens weiterzudrehen, sondern Investitionen anzustoßen. So hat sich das Bild der wirtschaftlichen Lage mit einem positiven Wachstum und sinkender Arbeitslosigkeit verbessert. Noch sind nicht alle Probleme gelöst, aber es verbreitet sich eine gewisse Zuversicht, die auch nötig ist in Deutschland.

Mit den großen Veränderungen sind den Menschen viele Lebenssicherheiten verloren gegangen. Nun kann es totale Sicherheit nie geben. Aber für das menschenmögliche Maß an Sicherheit in den existenziellen Situationen des Lebens und für die Chancen, im Leben erfolgreich zu sein und bestehen zu können, wollen wir sorgen. Aber Sicherheit entsteht nicht durch Stillstand und Ausruhen auf dem Erreichten. Der Volksmund sagt: »Wer rastet, der rostet« und auch: »Wer morgen ernten will, muss heute säen«. Dahinter steht der Gedanke, dass wir stark sind, wenn wir uns anstrengen, und dass wir deswegen zuversichtlich sein dürfen. Wir müssen uns tatsächlich anstrengen! Wir müssen den Wandel wollen und ihn vorantreiben! Das ist der entscheidende Impuls: Sicherheit *durch* Wandel – damit es Sicherheit *im* Wandel gibt.

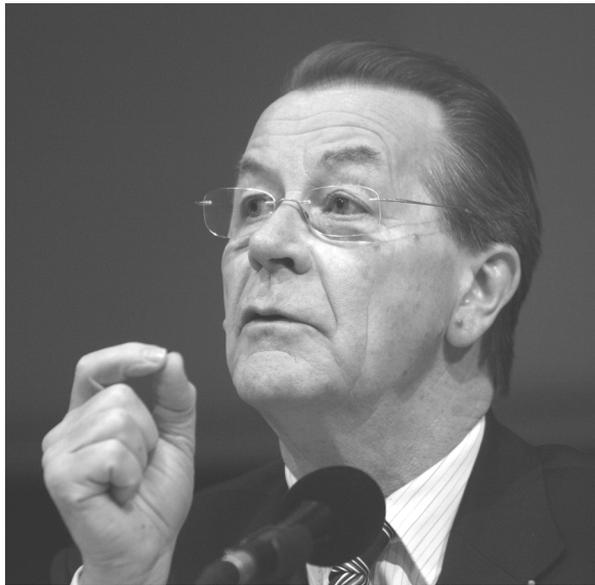
Die *Globalisierung* – meist als Problem beschrieben – ist positiv und unumgänglich. Durch gewonnene Mobilität, d.h. die Fähigkeit, Menschen, Güter und Informationen rund um die Welt zu transportieren, ist die Welt ist zu einem Dorf geworden. Dass diese Entwicklung nationalstaatlich zu steuern wäre, ist eine verbreitete Illusion. Aber von der Globalisierung können wir alle profitieren.

Zur *Demographie*: Unsere Lebenserwartung ist gegenüber 1970 heute 6-8 Jahre höher. Viele werden relativ gesund alt. Unsere Lebensarbeitszeit ist kürzer als die früherer Geburtsjahrgänge. Und wir haben zu wenig Kinder. Auf die in den ›babyboomer‹-Jahren der 1960er Jahre Geborenen folgen nur geburtenschwache Jahrgänge. Die dadurch ausgebliebenen Kinder fallen auch als Eltern aus. Zukunftsforscher sagen, dass im Jahre 2050 in Deutschland 12% der Menschen älter als 80 Jahre sein werden,

35% älter als 60 Jahre, 16% jünger als 18 Jahre. Aus diesen Entwicklungen müssen die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden.

Die dritte große Herausforderung ist die *technologische Entwicklung* und, damit verbunden, ein Wachstum, das keine Arbeitsplätze bringt. Hier wird die nahe Zukunft z.B. im Telekommunikationsbereich noch ganz neue Möglichkeiten in Bezug auf die Technik hervorbringen, ebenso wie auch erhebliche Rationalisierungen bei der produzierenden Wirtschaft. Mit der Arbeitserleichterung durch den Einsatz von Maschinen fallen aber in der Tat viele einfache Arbeitsplätze weg.

Es zeigt sich deutlich, dass das Thema *Ökologie* keine Mode der siebziger und achtziger Jahre war, sondern brennend aktuell ist. Die Naturkatastrophen kommen näher. Die Ursachen sind umstritten, aber eines ist klar: Die Zunahme der Weltbevölkerung auf bis zu 9 Milliarden im



Franz Müntefering

Jahr 2050 setzt die Bedürfnisse dieser großen Zahl von Menschen auf die Tagesordnung. Sie benötigen Nahrung und Bildung und wollen leben. Dazu wird Energie gebraucht, die woher kommt? Aus Zehntausenden von Atomkraftwerken, von denen wir nicht wissen, ob sie sicher sein werden? Verharren die Kohlekraftwerke auf dem technologischen Stand von vor 50 Jahren, so dass das Klima zerstört wird? Um diese Fragen müssen wir uns kümmern, und zwar nicht nur in nationaler Dimension. Wir haben das Thema *Ökologie* zu oft verniedlicht. Wir brauchen Leute, die wissen, wie das Energieproblem zu lösen ist, nämlich dadurch, dass wir Energie beschaffen, diese umweltfreundlich einsetzen und dabei auch die erneuerbaren Energien einbeziehen. Die Solarenergie bietet großes Potential, ebenso wie die Windenergie, die Wasserkraft und die Erdwärme eine Menge Energie versprechen. Deutschland beherrscht diese Dinge besser als andere Länder. Wir sollten den Pioniergeist aufbringen, diese Probleme in Angriff zu nehmen und zu lösen, damit die Menschen zu essen, zu trinken und eine Perspektive haben.

Ein weiteres Problem ist der *labile Frieden* an vielen Stellen auf der Welt. Nicht auszuschließen sind künftige Kriege der Energie wegen. Wie lange werden wir noch Öl haben? Dass wir Öl immer noch zum Heizen gebrauchen, ist fatal. Wie lange haben wir noch Kohle und Gas und was können wir den nachfolgenden Generationen an Energiequellen anbieten? Der gegenwärtige Frieden ist immer wieder gefährdet, solange es Menschen gibt, denn einen *Kain* wird es immer geben. Es muss aber jemand da sein, ihm in den Arm zu fallen und ihn daran zu hindern, Elend über die Menschen zu bringen. Man muss also rechtzeitig bzw. präventiv etwas tun, damit es keine Konflikte gibt.

Ich will in Stichworten die bestehenden *Gefährdungen* und meine Antworten darauf beschreiben. Die erste Gefahr ist die *Kurzatmigkeit*: Demokratie hat immer das Problem, dass sie sich an den Legislaturperioden der Parlamente und Ämter orientiert. Politiker wollen bei der nächsten Wahl gut abschneiden und konzentrieren sich vor allem darauf. Aber wir müssen jetzt Maßnahmen ergreifen, die sich in zwanzig oder dreißig Jahren auszahlen und von denen wir nicht wissen, ob sie gelingen wie geplant. Wenn wir es nicht schaffen, in die Köpfe und Herzen der jungen Menschen zu investieren, werden wir den Wohlstand eines Exportweltmeisters nicht halten. In alten Büchern von Städten und Ländern, die ganz groß waren in Handel und Wirtschaft, lesen wir zuweilen, dass irgendwann der Hafen versandete oder dass plötzlich die Ströme des Handels an dieser Stadt oder jenem Land vorbeigingen. Die Frage, warum das nicht verhindert wurde, müssen wir heute an uns selbst richten. Wieso passen wir nicht auf? Wir werden nur Wohlstandsland bleiben, wenn wir gut, sehr gut sind. Was wir dafür für die Kinder im Vorschulalter, in der Schule, in Ausbildung und Qualifizierung ausgeben – an dieser Frage entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die zweite Gefahr ist der *Egoismus*. Soziale Gerechtigkeit muss das Ziel der Politik bleiben, die aus vielen individuellen Egoisten eine positive Gesamtgesellschaftsentwicklung gestalten muss. Die Menschen müssen dazu gebracht werden, das Ganze zu ihrem eigenen Interesse und zum Wohle der gesamten Gesellschaft zu organisieren. Soziale Gerechtigkeit gewährleisten bedeutet nicht nur, Nothilfe zu leisten. Soziale Gerechtigkeit zu gestalten, heißt auch, jene Menschen dabei mitzunehmen, die etwas bringen, die etwas können, die etwas wollen, durchaus auch für sich selbst, z.B. Lebenschancen. Soziale Gerechtigkeit kann es nur unter Einschluss von sowohl Chancengerechtigkeit als auch Verteilungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit geben. Nachhaltigkeit ist hier die Antwort auf die beschriebene Kurzatmigkeit. Wir brauchen *organisierte Solidarität* in diesem Land der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaats. Dabei geht es nicht um Almosen, sondern um Rechte und Pflichten – eben um

organisierte Solidarität in den großen sozialen Sicherungssystemen. Ein wichtiges Prinzip des Sozialstaats – wer gesund ist, hilft denen, die krank sind; die Jungen und Starken helfen denen, die alt und schwach sind; wer Arbeit hat, hilft denen, die gerade keine haben – gilt es zu erhalten. Das Prinzip der organisierten Solidarität ist, dass man etwas einzahlt, etwas investiert, aber auch den Anspruch hat, etwas zu bekommen; Pflichten und Rechte also.

Mein letztes Stichwort lautet: *Ohnmacht*. Viele Menschen haben zunehmend das Gefühl, der Lauf der Welt werde bestimmt vom Finanzkapital, von Leuten, die irgendwo sitzen und sehr viel Geld haben. Ich habe mich vor einiger Zeit dazu geäußert und an die biblische Plage der Heuschrecken in Ägypten erinnert. Das hat mir viel Kritik eingetragen. Ich weiß natürlich, dass es viele Unternehmer gibt, die sozial verantwortlich handeln. Aber dass es eine weltweit agierende Finanzindustrie gibt, die mit dem klassischen



Kurt Biedenkopf

Unternehmertum nichts mehr zu tun hat, ist auch wahr. Das ist der *neue Kapitalismus*. Das ist nicht mehr jener Kapitalismus, bei dem es darum ging, für den Achtstundentag zu kämpfen oder die Abschaffung der Kinderarbeit oder für anständige Löhne. Hier geht es stattdessen darum, Regeln zu finden, nach denen sich die Globalisierung der Welt organisiert, denn es gibt derzeit keine entsprechende Organisation, die dieses leistet. Die existierenden Weltorganisationen haben bislang nur unzureichende Instrumente, und so werden wir Politiker mit diesen Fragen konfrontiert. Manager sagen mir, ich hätte mit diesem Anliegen Recht, aber man könne da nichts machen, denn Geld regiere nun einmal die Welt. Dem widerspreche ich. Wir bestehen auf dem *Primat der Politik*. Wir wollen diese Welt so organisieren, dass sie menschenwürdig ist. Der erste Schritt auf diesem Weg ist, Europa sozial zu organisieren; später müssen Regeln gefunden werden, nach denen sich diese Welt organisiert.

Kurt Biedenkopf: Anknüpfend an Franz Müntefering nenne ich als mein erstes Stichwort die *Arbeit*. Die Beschäftigungslage in Deutschland hat sich sehr verbessert, und ich bin zuversichtlich, dass diese Entwicklung sich fortsetzen kann. Die Ursachen dafür wurden bereits vor zwei, drei Jahren

unter schwierigen Umständen gelegt. Eines Tages wird die *Agenda 2010* dafür gewürdigt werden, eine Tür zur Überwindung fest gefügter Besitzstände geöffnet zu haben, die sowohl auf Seiten der Wirtschaft als auch auf Seiten der Gewerkschaften vorhanden waren.

Zutreffende Aussagen über die Zukunft sind umso eher möglich, je mehr wir bereit sind, die jeweils veränderten Wirklichkeiten zu akzeptieren. Gegen das Akzeptieren neuer Wirklichkeiten regt sich aber immer Widerstand. Organisationen leugnen die Veränderungen der Grundlagen, aus denen sie ihre Legitimation beziehen, so lange wie möglich, wie unsere Erfahrungen zeigen. Damit verhindern sie zugleich die Diskussion über neue Chancen. Wir müssen uns anpassen an jene neuen Wirklichkeiten wie die der demografischen und technologischen Entwicklung, der europäischen Integration und der Globalisierung der Märkte. Je länger man damit wartet, desto höher werden die Kosten. Das ist in den Unternehmen im Übrigen nicht anders: Unternehmen, die Probleme jahrelang vor sich herschieben, weil sie gut verdienen, sehen sich plötzlich aus dem Markt gedrängt, weil sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Diese Unternehmen müssen dann große Anstrengungen machen, um die verspäteten Anpassungen zu leisten – wenn sie es überhaupt noch schaffen.

In Deutschland gibt es im Grunde zwei *Arbeitsmärkte*: Einen Arbeitsmarkt, in dem Arbeitslose nach sechs Monaten wieder Arbeit finden. Dies gilt nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit für über 40% der Arbeitssuchenden. Viele davon finden Arbeit aufgrund eigener Initiative. Diese Menschen geraten nicht in soziale Not, sondern nehmen ihre Arbeitslosenversicherung in Anspruch. Im Jahr 2004 kehrten von den 3,1 Mio. Arbeitslosen 500.000 wieder zu ihren alten Arbeitgebern zurück. Im sozialpolitischen Sinn gehören diese Vorgänge nicht zum Problem der Arbeitslosigkeit. Sie kennzeichnen lediglich eine Wirtschaft, die sich schnell verändert und den Wechsel der Arbeitskräfte von einem zum anderen Unternehmen mit einschließt. Je qualifizierter die Leute sind, desto eher gelingt ihnen der Wechsel.

Viel schwieriger ist es mit der großen Zahl von Menschen, die zu Langzeitarbeitslosen geworden sind. Sie sind das Opfer einer Veränderung der Wirklichkeit, die sich schneller vollzieht, als Menschen sich normalerweise anpassen können. Hier ist viel mehr Solidarität erforderlich, als bei der erstgenannten Gruppe. Unter politischen, nicht unter statistischen Gesichtspunkten ist diese Unterscheidung wesentlich, wenn wir vermeiden wollen, öffentliche Finanzmittel und politische Energien für Probleme einzusetzen, bei denen die Arbeitslosenversicherung eine Lösung für die Betroffenen bieten kann.

Bei der *Internationalisierung der Märkte* müssen wir zwischen Europa und der Welt unterscheiden. In Europa haben wir mit der EU eine Ord-

nung, ein Regime, das dafür sorgt, dass in der Wirtschaft keine überproportional große Macht entsteht. Es ist der Wettbewerb, der hier primär die Aufgabe hat, Machtbildung zu verhindern, und deshalb muss der Staat ihn schützen. Denn wo in der Wirtschaft Macht entsteht, geht Freiheit verloren. Wettbewerb hat erst in zweiter Linie die Aufgabe, jene Kräfte freizusetzen, die durch die Freiheit gelöst werden und Wohlstand entstehen lassen. Diese Ordnungsprinzipien wurden schon in die Römischen Verträge von 1957 aufgenommen, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begründeten. Ihr Ziel war, Machtzusammenballung zu bekämpfen, die Bildung von Kartellen und Monopolen zu verhindern und die Offenheit der Märkte zu sichern. Dies sind ganz entscheidende Voraussetzungen nicht nur für wirtschaftliche Freiheit, sondern für Freiheit überhaupt.

Global ist dies heute nicht gegeben, weder gelten diese Ordnungsprinzipien überall, noch gibt es eine Autorität, die sie weltweit vertritt. Es wird außerordentlich schwierig sein, diese Ordnungsprinzipien so plausibel zu machen, dass man sich – wo immer man lebt, ob in China, Indonesien, Amerika, England, Frankreich oder Deutschland – darauf verlassen kann, dass sich nicht riesige wirtschaftliche Machtzusammenballungen anmaßen, unsere Freiheit planwirtschaftlich zu verwalten. Denn darauf läuft es letztlich hinaus. Hier ist eine Diskussion über die Entwicklung der *Finanzmärkte* in der Tat überfällig: Diese Märkte haben sich entgrenzt; das Geld erfüllt nicht mehr seine Funktion auf den Finanzmärkten, sondern ist selbst zur Ware geworden. Da diese Ware praktisch beliebig zu vermehren ist, werden immer neue Produkte entwickelt, die nur noch auf dem Finanzmarkt eine Rolle spielen. Diese neuen und zusätzlichen Produkte lösen gewissermaßen den Finanzmarkt von der übrigen Wirtschaft ab und machen ihn zu einer selbständigen Wirtschaft. Das kann nicht gut gehen. Beispielhaft dafür sind große, so genannte »institutionelle Investoren« wie etwa die Pensionsfonds, die das Kapital von Privatpersonen verwalten und vermehren sollen. Diese institutionellen Investoren versprechen ihren Kunden häufig hohe, zu hohe Renditen in Form von Pensionen oder Zinsen. Sobald die Dividenden der Aktien oder Staatspapiere, die sie mit dem Geld ihrer Kunden erworben haben, dafür zu niedrig sind, müssen diese Gesellschaften auf andere Weise zusätzliche Gewinne machen, z.B. durch Kaufen und Verkaufen von Beteiligungen an Unternehmen. Das dabei leitende Interesse hat mit dem Ziel dieser Unternehmen nichts mehr zu tun, im Gegenteil. Die höchsten Renditen lassen sich mit Unternehmen erzielen, deren Aktienkurs möglichst »volatil«, d.h. schwankend ist. Hier sollte nicht mehr von *shareholders*, sondern von *sharetraders* die Rede sein. Diese haben eine Form von Entgrenzung in die Märkte hineingetragen, ein Interesse, das mit dem Interesse der Finanzierung der Wirtschaft nur noch wenig zu tun hat.

Die *ökologische Entwicklung* wird ebenso wie die demografische Entwicklung das 21. Jahrhundert dominieren. Viele der veröffentlichten Prognosen sind bereits Wirklichkeit, wie z.B. die Berichte über das Abschmelzen der Schweizer Gletscher zeigen, wo Geröllmassen frei werden, sich in Bewegung setzen und ganze Täler verschütten. Die Dringlichkeit außerordentlicher, innovativer Anstrengungen in diesem Bereich liegt auf der Hand. Vergleicht man damit unsere deutschen politischen Debatten, so muss ich sagen: Unsere Bemühungen, um die Interessen unserer Enkel zu schützen, tendieren gegen Null! In welcher Welt werden die heute Fünfjährigen in 30 Jahren oder die heute Zehnjährigen in 40 Jahren leben? Welche Konflikte werden dann auf der Tagesordnung stehen? Wir werden z.B. *Kriege um Wasser* bekommen, wenn wir nicht rechtzeitig Wege finden, die wachsende Weltbevölkerung mit dieser Ressource zu versorgen. Dieses Problem und die Veränderungen des Weltklimas bergen ein riesiges Konfliktpotenzial, was zu bewältigen ist, wenn wir auch zukünftig in Frieden leben wollen. Die *Friedensaufgabe* ist die schwerste vor uns liegende Aufgabe. Sie ist viel mehr als nur eine kulturelle Aufgabe, sie macht im wahrsten Sinne des Wortes eine Begrenzungsanstrengung notwendig.

Seit ca. 50 Jahren erleben wir in Deutschland eine von stetigem Wirtschaftswachstum begleitete Demokratie. Die aktuelle Wachstumsrate von 2% mag manchen als gering erscheinen. Dieser Wert bedeutet aber, dass sich das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland in einem Jahr zwischen 500 und 550 Euro erhöht. Beträgt das jährliche Wachstum in China 10%, so erhöht sich dort das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um 100 Euro. Das Beispiel zeigt, dass der Prozent-Maßstab für das Wachstum desorientierend ist. Die Behauptung, ein hoch entwickeltes Land wie Deutschland im Zenit seiner Entwicklung habe mit einem Zuwachs von 2% zu wenig Wachstum, ist grotesk.

Wir haben uns leider seit Jahren daran gewöhnt, die ungelösten Probleme der Gesellschaft aus dem *Zuwachs* an Wirtschaftskraft zu lösen, damit die bisherige Verteilung des Bruttoinlandsprodukts nicht verändert werden musste. Dies wurde in sechzehn Jahren der Regierung *Kohl* praktiziert, begann aber bereits früher. Jeder Versuch, *Begrenzungen* zu setzen, in dem Sinne, nicht etwa Menschen etwas wegzunehmen, sondern ihnen zukünftige *Chancen* zu sichern, wird leider durch allgegenwärtige Interessengruppierungen bekämpft. Die Debatte um die *Gesundheitsreform* ist das beste Beispiel dafür, welche Besitzstände unter Drohungen und Widerständigkeiten verteidigt werden. Wir müssen aber die Beweislast umkehren: Wo Besitzstände sind, müssen wir ihre Verteidiger fragen, ob sie auch unter den veränderten Wirklichkeitsbedingungen noch jene Leistungen bringen, die sie eigentlich erbringen sollen; ob sie eine neue Funktion unter der neuen Wirklichkeit erfüllen, ob sie noch legitimiert sind.

Das gilt natürlich auch im Hinblick auf die *demografische Entwicklung*, die ebenfalls Veränderungen im Denken erfordert. Ich habe Herrn Müntefering für den Streit bedauert, den er sich mit der Feststellung einhandelte, die Erwerbstätigen müssten bis zum 67. Lebensjahr arbeiten. Auf die Frage einer meiner Enkelinnen, wie lange sie denn arbeiten müsse, habe ich geantwortet: »So lange Du kannst!« Es wird so kommen, dass die 65-Jährigen die 95-Jährigen pflegen müssen, weil die jungen Leute dafür nicht mehr zur Verfügung stehen können. Wir Deutschen machen uns keine Vorstellung davon, welche Änderung unserer Prioritäten notwendig ist, um das demografische Defizit auszugleichen. Die Generation meiner Kinder sind die *babyboomer*, und sie haben 30% weniger Kinder als die vorangegangene. Sie leben im Zenit des Wohlstandes, der sich nicht mehr wesentlich erhöhen wird – wenn er sich überhaupt halten lässt. Dieser Wohlstand rührt aber u.a. genau daher, dass sie weniger Kinder haben und deshalb einen entsprechend geringeren finanziellen Aufwand.

Die Ersparnis dadurch liegt bei geschätzten 60 Mrd. Euro jährlich. Das bedeutet, diese Generation hat eine *Wohlstandsillusion*. Die Folgen werden sie später einholen, und zwar dramatisch. Die Enkel werden ihre Eltern fragen, ob sie für ihr eigenes Alter ausreichend vorgesorgt haben. Denn sie werden sich weigern, mehr zu leisten, als ihre Eltern leisteten. Weitergehende Forderungen an die Enkel werden als eine Verletzung der sozialen Gerechtigkeit zwischen den Generationen zurückgewiesen werden. Hier zeigt sich die besondere Dringlichkeit von *Bildung* und *Ausbildung*. Die Voraussetzung dafür, dass die Enkel durch die Sorge für ihre Eltern nicht überfordert werden, ist, dass diese kleinere nachwachsende Generation besser ausgebildet ist als die Eltern und dass sie mehr Kapital für Investitionen zur Verfügung hat als die Eltern. Denn der Wohlstand ist nur zu halten, wenn mit mehr Wissen und Kapital eine höhere Produktivität erzielt werden kann als in der Generation zuvor.

Leider gibt es bisher in Deutschland kaum ein Indiz dafür, dass diesem Erfordernis Rechnung getragen wird. Alle bildungspolitischen Debatten bleiben da bisher ohne Konsequenzen.

Wir müssen uns über die Sachverhalte verständigen und dann fragen, was geschieht, wenn nichts geschieht. Nicht an einzelnen Schraubchen bestehender Institutionen müssen wir drehen, vielmehr sind Entscheidungen über grundlegende Neuorientierungen zu treffen. Dazu muss die Bereitschaft bestehen, erst dann kann man über das ›Wie‹ streiten. Diese Debatte müssen wir in Deutschland führen, insbesondere in den Parlamenten in Stadt und Land. Auch der Stadtrat von Osnabrück muss die Frage diskutieren, wie diese Stadt in 30 Jahren aussehen könnte. Welche Bevölkerung wird sie haben? Wie alt werden die Menschen sein, die hier leben? Welche Bedürfnisse werden sie haben? Wie werden wir mit den Problemen

zurecht kommen? Dazu müssen wir die Medien gewinnen, damit sie z.B. so genannte *Telenovelas* drehen: Eine zehnteilige, gut recherchierte Serie über das Leben in Dresden im Jahre 2040 würde die Leute aufrütteln. Im Straßenbild wären dann Kinder eine Seltenheit. Zur Mitte des Jahrhunderts haben wir das *Median-Alter* in Deutschland: Die eine Hälfte wird jünger als 50 Jahre sein, die andere älter. Bis dahin sind es nur noch 44 Jahre, nicht mehr lange. Eine Friedensstadt, die Kraft aus der Erinnerung zieht, könnte beispielhaft für viele andere Städte sein, wenn sie sich mit diesen Fragen konkret beschäftigte: Wie wird das Leben in 40 Jahren aussehen, wie die Schulen, die natürlich Ganztagschulen sein müssen? Wer wird nachmittags in diesen Schulen sein? Was werden die vielen allein stehenden Frauen machen, wenn sie 60 Jahre alt sind und keine Aufgabe in der Gemeinschaft haben? Sie müssten auf vielfältige, möglichst unbürokratische Weise einbezogen werden. Dazu müssen wir aber bereit sein, darauf zu verzichten, dass eine Frau, die nachmittags in der Schule den Kindern ein Märchen erzählt oder vorliest, zunächst eine Prüfung ablegen oder einen Sozialversicherungsnachweis erbringen muss.

György Széll: Franz Müntefering hat das Reizwort »Heuschreckenkapitalismus« wieder aktualisiert; Kurt Biedenkopf gab ihm Recht, indem er über die *hedge funds* und die neuen virtuellen Finanzmärkte sprach. Wenn wir unter der Fragestellung »Krise ohne Ende?« über die Zukunft des Wohlfahrtsstaates und unserer sozialen Sicherungssysteme diskutieren, so stellt sich die Frage nach den Aussichten.

Herr Müntefering, Sie sprachen vorhin über erforderliche Regelungen, die auf EU-Ebene in gewisser Weise schon erfolgen. Das deutsche Erfolgsmodell der letzten 60 Jahre war die *Soziale Marktwirtschaft*. Gibt es sie noch, ist sie zu retten? Was müsste getan werden?

Franz Müntefering: Die meisten Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land agieren noch in der klassischen Form: Sie wollen den Betriebserfolg und schwarze Zahlen schreiben. Das ist die Voraussetzung dafür, dass man Arbeitsplätze schafft und sichert. Sie fühlen sich aber auch verantwortlich für die Menschen, die bei ihnen beschäftigt sind. Das ist der klassische Unternehmer, der noch denen verbunden ist, mit denen er groß und manchmal vermögend geworden ist, und der auch möchte, dass seine Stadt stolz auf ihn ist. Die international agierende *Finanzindustrie* dagegen stellt keine stofflichen Produkte her und bietet keine Dienstleistungen an. Ihr Geld ist selbst Ware geworden, und man denkt dort nur in Quartalen.

Was ist dagegen zu tun? Zunächst kann man mit diesen Leuten über die Ethik des Unternehmertums sprechen, auch wenn manche das für vergeblich halten. Es ist nicht alles in den Wind gesprochen, denn es gibt

eine ganze Reihe von respektablen Wirtschaftsleuten, die Verantwortung auch für das Soziale tragen. Zum andern müssen wir in den internationalen Organisationen für die Orientierung auf eine menschenwürdige Welt werben. In der EU, die eine feste Grundstruktur hat, müssen wir konkreter arbeiten. Europa ist in einer Situation, in der unklar ist, wohin sich die Organisation mit ihren 27 Mitgliedstaaten entwickeln wird. Wie schafft man es, dass Europa weiter erfolgreich unter dem Gesichtspunkt der Demokratie als Wohlstandsregion existiert? Wie kann man die Kräfte bündeln? Noch belauert man sich in den europäischen Konferenzen gegenseitig zu sehr und ist auf den nationalen Vorteil bedacht. Noch ist das Bewusstsein davon, dass die friedlich zusammenlebenden europäischen Völker nur eine Wohlstandschance haben, wenn sie sich zusammenschließen, zu wenig verbreitet. 80 Millionen Deutsche werden allein den Wohlstand nicht halten. Aber fast 500 Millionen Menschen in Europa können das organisieren. Wenn es Europa gelänge, das ruinöse Steuer- und Lohndumping zu beenden, mit dem die Mitglieder um Investitionen von Wirtschaftsunternehmen konkurrieren, wären wir ein gutes Stück weiter.

Roland Czada: Herr Biedenkopf, Sie fordern eine Begrenzungsanstrengung, und zwar eine Begrenzung des Wachstums. Solche Forderungen wurden seit den 1980er Jahren wiederholt gestellt, und in den Jahren von 2000 bis 2005 hatten wir in Deutschland tatsächlich ein reales Null-Wachstum. Wenn aber kein Wachstum existiert, können auch die Steuereinnahmen nicht steigen, so dass dem Staat bei Maßnahmen zur sozialen Sicherung das Geld fehlt. Diese Ausgaben sind in den 1990er Jahren weiter gestiegen, weil die Zahlen der Rentner und der Arbeitslosen weiter stieg. So öffnete sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates, und als Reaktion darauf wurde die Agenda 2010 beschlossen. Bei weiterem Null-Wachstum wird sich diese Schere noch weiter öffnen. Wie ist dieses Problem zu lösen?

Kurt Biedenkopf: Der deutsche Staat verfügt aktuell über so viel Geld wie noch nie. Die Bundesrepublik ist nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem sehr viel geringeren Staatsanteil wieder aufgebaut worden. In den 1950er und 1960er Jahren haben die sozialen Systeme in Deutschland 16% des Bruttoinlandsproduktes in Anspruch genommen. Jetzt nehmen sie 34% in Anspruch – bei real fünffach so hohem Bruttoinlandsprodukt.

Es ist nicht das Wachstum, was uns fehlt. Wir organisieren unsere Gesellschaft nicht intelligent. *Kurt Beck* hat dankenswerterweise unlängst eine interessante Debatte begonnen. Jetzt wird darüber diskutiert, ob die gegenwärtige Art, kollektive Solidarität zu organisieren, vielleicht auch eine lähmende Wirkung auf Menschen haben kann. Am Beginn der Bun-

desrepublik Deutschland standen zwei unterschiedliche Konzepte des Sozialstaates. Das erste wurde bereits 1949 vorgelegt. Darin bekundete die CDU, eine umfassende Sozialpolitik zu verfolgen, um die Bevölkerung mit der neuen staatlichen Ordnung zu versöhnen, nicht etwa um Armen oder Schwachen zu helfen. Dieser Auftrag ist aber überhaupt nicht zu begrenzen, denn die Leute können immer behaupten, sie seien nicht zufrieden mit der neuen Ordnung, und vom Staat verlangen, er möge weiterzahlen. So ist es auch eingetreten.

Von vier Fachleuten, unter ihnen Kardinal *Höffner*, erhielt Bundeskanzler *Konrad Adenauer* dann 1955 die Empfehlung, der Staat solle seinen sozialen Auftrag so erfüllen, dass er zunächst einmal den Menschen hilft, sich selbst zu helfen. Und wenn sie das nicht können, solle er unterstützend helfen, aber nie über eine *Grundsicherung* hinausgehen. Ginge er wesentlich darüber hinaus, so würden sich Organisationen bilden, die sich verselbständigen. Diese verselbständigten Organisationen machten aus den freien zunehmend abhängige Bürger bzw. Leistungsempfänger. Leistungsempfänger zu sein – ich möchte nicht missverstanden werden – ist im Prinzip überhaupt kein Problem. Viele von uns sind es, weil sie irgendwelche Subventionen in Anspruch nehmen, und wissen es gar nicht. Aber die offene Leistungsempfängerrolle führt dazu, dass ein immer größerer Teil der Menschen den umfassenden Sozialstaat für den menschlichsten und gerechtesten hält. Wenn aber 70% der Bevölkerung dem Staat ihre Interessen anvertrauen, gibt es keine *Zivilgesellschaft* mehr. Die Zivilgesellschaft aber hat ja gerade den Sinn, zur Begrenzung der staatlichen Aktivitäten beizutragen.

Man kann 40%, 30% oder 25% des BIP für kollektive Sicherheit ausgeben. Die Frage ist, wie man das organisiert: wie *dezentral* und mit welchem Maß an Beteiligung der Menschen. Ein Rentner ist heute an seinem Alterssicherungssystem kaum beteiligt. Er hat kein Mitbestimmungsrecht und keine Einflussmöglichkeiten. Bis jetzt ist das also ein planwirtschaftliches System, das zu einem bestimmten Denken führt. Wird dann versucht, von den Bürgern eine größere Eigenbeteiligung zu verlangen, empfindet der Einzelne das als eine Wegnahme. Der Bürger erkennt darin nicht die Eröffnung eigener Gestaltungsmöglichkeiten, sondern ist der Meinung, man nimmt ihm etwas weg, damit der Staat weniger Geld ausgeben muss. Wird eine Begrenzung des Staates von der Mehrheit der Bevölkerung so wahrgenommen, als ob man ihr etwas wegnehme, dann wird keine parlamentarische Mehrheit diese Begrenzung leisten können. Deshalb muss die Debatte von unten nach oben gehen. Wir müssen uns klarmachen, dass über die Zukunft unseres Landes nicht primär in Berlin entschieden wird, sondern dass sie in der Bevölkerung selbst entschieden wird: in den kleinen und mittleren Organisationen und Aktivitäten, in jenen Unternehmen, die

sich ihrer Kommune und ihren Arbeitnehmern verbunden fühlen, die einen Sozialverband haben, die Mitbestimmung wollen, weil sie etwas von den Arbeitnehmern lernen können, sofern diese sich trauen zu sagen, wo etwas schief läuft.

Roland Czada: Wir haben in Deutschland über 30 Millionen Menschen, die von Sozialeinkommen leben. Darunter mehr als 20 Millionen Rentner,



György Széll, Franz Müntefering, Kurt Biedenkopf, Roland Czada

deren Einkommen von den Erwerbstätigen mit erarbeitet werden muss. Die Zahl der Rentner wird immer größer. Heute sind die Bezieher von Sozialeinkommen bei 40%,

in den 1950er Jahren betrug der Anteil nur 10% der Bevölkerung. Eine Schlussfolgerung aus dem eben Gesagten, Herr Biedenkopf, müsste »Rentenkürzung!« lauten. Würden Sie einer Regierung raten, die Renten zu kürzen?

Kurt Biedenkopf: Meinhard Miegel und ich haben bereits vor zwanzig Jahren die Ansicht vertreten, dass dieses System nicht weitergeführt werden kann. Es muss dahingehend verändert werden, dass der Staat die Grundsicherung übernimmt und das übrige Alterseinkommen von den Bürgern selbst gestaltet wird, z.B. durch eine längere Lebensarbeitszeit, durch die Aufzucht von Kindern, durch Vermögensbildung oder dadurch, dass die ersten fünf Jahre der Rente durch eine Lebensversicherung abgedeckt werden. Über diese Erfordernisse zu sprechen, war damals völlig aussichtslos. Niemand in der Politik war dazu bereit. Erst vor wenigen Jahren begann die Diskussion über eine »Grundsicherung«, zunächst in der CDU, dann in der SPD. Inzwischen haben wir eine Grundsicherung, allerdings auf der Basis bzw. nach Maßgabe der *Bedürftigkeit*. Berücksichtigt man aber, dass ein Drittel der versicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit arbeitet – die Hälfte davon in geringfügigen Arbeitsverhältnissen –, so ist klar, dass mit den Versicherungsbeiträgen aus dieser Teilzeitbeschäftigung nur eine Rente zustande kommen kann, die *unter* der Grundsicherung liegen wird. Bei einer Zahl von 8, 9 oder 6 Millionen Menschen, die

dann Anspruch auf Leistungen zur Grundsicherung haben, ist kaum vorstellbar, wie die zuständigen Behörden periodisch die Bedürftigkeitsprüfung durchführen könnten. Diese Grundsicherung muss also ein Rechtsanspruch *ohne* Bedürftigkeitsprüfung sein, alles andere ist weltfremd.

Man hätte besser schon vor 20 Jahren den Menschen gesagt, dass sich aufgrund der sinkenden Kinderzahl einiges ändern wird. Stattdessen wurde verkündet, die Rente sei sicher, und darauf haben sich viele verlassen. Es wurden den künftigen Rentnern noch bis zur Mitte der 1990er Jahre absurde Prognosen über die Höhe der zu erwartenden Renten angedient. Auch heute leben wir in vielerlei Hinsicht in einer illusionären Sicherheit. Das Schlimmste, was politisch passieren kann, ist, dass die Leute schlagartig realisieren, dass das eine Illusion ist. Dann entsteht ein sehr prinzipielles Legitimationsproblem, das niemand wünschen kann.

Wir brauchen Aufklärung, und es ist nicht wahr, dass man mit den Leuten nicht reden kann. Wir müssen uns darauf verständigen, wenigstens über die gleiche Wirklichkeit zu sprechen. Wenn wir die Menschen zum Mitdenken auffordern, werden wir 15 bis 20% der Bevölkerung als Meinungsführer gewinnen, damit die Basis des Vertrauens breiter wird. Die Abgeordneten des Bundestages können die Last nicht alleine tragen.

Franz Müntefering: Ich will einige Punkte ansprechen, über die wir womöglich unterschiedlicher Meinung sind. Zunächst zur Rolle des Staates: Die Frage der *Staatsquote* ist nicht entscheidend dafür, ob es in einem Land eine vernünftige oder unvernünftige, zukunftsfähige oder nicht zukunftsfähige Politik gibt. Da gibt es in Europa ein großes Gefälle zwischen Skandinavien sowie Mitteleuropa und dem Süden. Der Staat kann sehr wohl den Menschen viel Geld abnehmen. Es kommt nur darauf an, was er damit macht und wie er es verteilt. Nun zur *Motivation* der Leute: Man muss, wie schon gesagt, den individuellen Egoismus der Menschen so lenken, dass daraus eine positive gesamtgesellschaftliche Entwicklung wird. Das wird allerdings schwierig, wenn viele Menschen ohne wirkliche Lebenschancen in der Gesellschaft bleiben. Wenn aktuell 10-12% unserer Kinder ohne Abschluss aus der Hauptschule kommen, so ist das alarmierend. Einem 16-Jährigen, der ohne Abschluss aus der Schule kommt, Aussichten auf ›soziale Gerechtigkeit‹ zu machen, ist schwer. Wir müssen bei den kleinen Kindern anfangen und uns auch um entsprechende Förderung kümmern. Vorschuluntersuchungen haben ergeben, dass die vorausgegangenen Generationen sprachlich und körperlich fitter waren. Wir müssen auch über Bildung und Erziehung der Eltern sprechen. Schwierige individuelle Herausforderungen können nur gemeistert werden, wenn wir auch eine stärkere Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen.

Zu den *Renten*: Die Entwicklung der Renten ist durch die Maßnahmen, die wir über die vergangenen Jahre durchgeführt haben, faktisch rückläufig. Die Rentenentwicklung wurde von der Entwicklung der Löhne abhängig gemacht. Beträgt das Rentenniveau aktuell noch 55% des Lohnniveaus, so wird der Anteil im Jahre 2020 auf 46% sinken und im Jahre 2030 nur noch 43% betragen. Von diesem Kernstück der Rente wird man leben können, wenn man voll gearbeitet hat, aber nicht mehr. Daneben muss eine betriebliche oder eine private Rente treten, z.B. eine »Riester«-Rente. Das muss allen so selbstverständlich werden wie der Abschluss eines Bausparvertrags für die Kinder zur Konfirmation oder aus anderem Anlass. Wer ins Arbeitsleben geht, muss die Zahlungen für die »zweite Säule« der späteren Rente beginnen. Dies muss auch die Große Koalition den Leuten vermitteln. Die Frage ist, wie behalten wir *Wohlstand*? Wenn im Jahr 2040 in Deutschland Wohlstand herrscht, werden Alte und Junge sich vielleicht streiten, aber alle im Wohlstand leben können. Entscheidend ist, ob wir genug für Bildung, Ausbildung und Qualifizierung ausgeben. Wir wollen im Jahre 2010 für Forschung und Entwicklung allein auf Seiten des Bundes 6 Mrd. Euro mehr ausgeben. Dieses Geld könnten wir auch in die Rentenkasse geben. Das wäre ein begeisterndes Wahlprogramm! Auch andere Verwendungen wären möglich, aber wir müssen in die Bildung, in die Kinder investieren, in der Hoffnung, dass es zu dem erwünschten Erfolg führt.

György Széll: Kurt Biedenkopf sprach von einer »notwendigen Anpassung an Sachverhalte«, die sich verändert hätten. Er beanstandete, dass die in Deutschland geführte Bildungsdebatte ohne positive Folgen bleibe, und forderte, dass wenigstens 15-20% der Menschen umdenken müssten, um ein anderes Handeln zu initiieren.

Welche Rolle, Herr Biedenkopf, spielen die politischen Parteien in diesem Kontext des Umsteuerns und des Umdenkens angesichts der Tatsache des Wegbrechens von Mitgliedern und eines abhanden gekommenen Vertrauens in die Politik bei der Jugend? Sie sprachen auch von der Zivilgesellschaft. Welches sind die sozialen Akteure, die uns ans Ende der Krise bringen können?

Kurt Biedenkopf: Die Akteure sind keineswegs nur die Berufspolitiker. Akteure sind z.B. auch in der Wissenschaft Tätige, die junge Leute vor sich haben. Denen müssen sie nicht nur das Fachwissen vermitteln, sondern dieses in die größeren Zusammenhänge einbinden. Sie müssen deutlich machen, was ihre spezifische Wissenschaft für ihr Leben bedeutet, d.h. sie müssen als *Pädagogen* tätig sein. Außerdem müssen die *Medien* mitmachen. Es ist kontraproduktiv, wenn über Versuche von Politikern, einen

mutigen Schritt nach vorn zu machen, anschließend endlos gestritten wird oder wenn ausschließlich problematisiert wird, ob die Große Koalition bis 2009 hält. Solche sinnlosen Debatten werden oft von bestimmten Print- und Fernsehmedien noch forciert, weil man dort aus Erfahrung weiß, dass die Darstellung von Streit interessanter ist als die Darstellung der Suche nach neuen Wegen.

Es ist in Deutschland ein sehr weit verbreitetes Missverständnis, zu glauben, der Staat sei der Ort der Innovation. Das aber kann kein Staat leisten. Es ist sehr bequem zu sagen, wenn die Politiker die Probleme nicht lösen können, müssen sie weg. Wir werden bald keine Politiker mehr finden, die versuchen wollen, Probleme zu lösen. Die Menschen müssen selbst für Problemlösungen eintreten – dort, wo sie etwas zu sagen haben.

Franz Müntefering: Es gibt in Deutschland zu viel Besserwisserei auf der Tribüne und zu wenige, die die Ärmel hochkrepeln und helfen. Das gilt auch für die politischen Parteien, und gerade auch für den kommunalpolitischen Bereich. Es ist nicht so einfach, Kommunalpolitik zu machen, wenn kein Geld zu verteilen ist. Ich möchte dazu auffordern, zu verstehen, dass wir alle in der Verantwortung stehen.

Aufgrund der Mobilität unserer Gesellschaft erleben wir eine Entwicklung, in der die kleinen *und* die großen Einheiten an Gewicht gewinnen. *Europa* wird an Gewicht gewinnen, ebenso wie die *Regionen*. Es sind die Städte und ihr Umfeld, die *Regionen*, die an Bedeutung gewinnen, weil sie Aufgaben erfüllen müssen, die durch die Bundesgesetzgebung nicht erfüllt werden können und schon gar nicht von ›Europa‹. Ich nehme noch einmal das Stichwort *Älterwerden* auf: Wie werden die Älteren in unseren Städten leben? Wenn wir nur die Perspektive einer stationären Unterbringung für die künftig Pflegebedürftigen hätten, so bliebe im Jahr 2050 kein Geld mehr für etwas anderes übrig. Verfügen wir aber dann über ausreichend alten- und behindertengerechte Wohnungen? Haben wir Netzwerke, uns zu organisieren? Wird diese ›zeitreiche‹ Gesellschaft es schaffen, dass die vielen alten Menschen nicht allein und einsam sein müssen? Diese Dinge können nicht auf Bundesebene geregelt werden; sie müssen vor Ort organisiert werden. Die Potenziale, um das in eine gute Richtung zu bringen, haben wir.

Roland Czada: Bieten nicht – bei aller Übereinstimmung – tagespolitische Diskussionspunkte wie beispielsweise Arbeitsmarktregulierung, Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Zukunft des dualen Ausbildungssystems, Lehrstellenabgabe echten Konfliktstoff, der nicht etwa inszeniert wäre, sondern bei denen unterschiedliche Interessen z.B. zwischen Arbeitneh-

mern sowie Gewerkschaften und Unternehmen sowie Arbeitgeberverbänden oder auch zwischen den Parteien bestehen?

Die Meinungsumfragen zeigen eindeutig, dass der Wohlfahrtsstaat in Deutschland für die Wähler eine sehr hohe Priorität hat. Gibt es denn nicht diese Konflikte über die Zukunft bezüglich der sozialen Sicherungssysteme?

Franz Müntefering: Man muss unterscheiden zwischen dem Ziel und dem Weg, um dorthin zu gelangen. Sind die Ziele vernünftig beschrieben – und das können wir in den demokratischen Parteien –, bleibt der Streit um den Weg. Der Streit ist intensiv, denn in den betreffenden Fragen kann man – durchaus begründet – unterschiedlicher Meinung sein. So denke ich, dass die bestehenden Kündigungsschutzregeln ausreichen, damit die Wirtschaft effektiv arbeiten kann. In Betrieben mit bis zu 10 Beschäftigten gibt es keinen Kündigungsschutz. Bei den anderen kann bis zu 2 Jahren befristet werden, bei Neugründungen bis zu 4 Jahren. Hinsichtlich der sozialen Sicherungssysteme haben die Sozialdemokraten erst spät begriffen, dass wir einen Teil davon nicht aus Beiträgen, sondern aus Steuern finanzieren müssen, so wie wir das bei der Rente heute schon machen. Rund 78 Mrd. Euro aus Steuermitteln fließen jährlich in die Rentenkasse. Im Koalitionsvertrag haben wir für den Bereich Gesundheit beschlossen, dass ab dem Jahr 2008 die Leistungen für die Ehepartner und vor allem für die Kinder durch Steuermittel finanziert werden. Das kann zu Senkungen der Krankenversicherungsbeiträge in den Jahren 2010 und 2012 führen, während die Lasten im steuerlichen Bereich größer werden. Solche strategischen Entscheidungen sind uns nicht leicht gefallen, aber wir müssen diesen Weg gehen. Damit das Ganze auf mehrere Schultern verteilt wird, muss ein Teil über die Beiträge und ein Teil aus den Steuern finanziert werden.

Der Arbeits- und Sozialminister ist immer in der Klemme zwischen der Chancengerechtigkeit auf der einen Seite und der Generationengerechtigkeit auf der anderen. Dazwischen liegt das Feld der Verteilungsgerechtigkeit. Chancengerechtigkeit, d.h. Bildung, ist ein Menschenrecht. Der Bundespräsident hat vor kurzem zutreffend formuliert, dass Bildung erstens ein individuelles Menschenrecht ist und erst zweitens eine volkswirtschaftlich vernünftige Investition.

Soziale Gerechtigkeit wird in Deutschland und auch in meiner Partei zu oft als Verteilungsgerechtigkeit beschrieben. Einen Teil des erwirtschafteten Geldes können wir nicht verteilen; wir müssen ihn stattdessen in die Zukunft investieren.

Publikum: Herr Müntefering lehrt, dass Frieden nur mit organisierter Solidarität möglich sei. Wie kann aber Frieden gelingen, wenn sich die

»Heuschrecken« so breit machen können? Herr Biedenkopf hat von den Kosten der Anpassung an die Realität gesprochen. Wer trägt und zahlt diese Kosten? Zahlen das nicht die Arbeiter stillgelegter Fabriken, die jetzt auf der Straße stehen? Müssen wir nicht den *sharetraders* schärfer auf die Finger sehen? Brauchen wir nicht für diejenigen Unternehmen, die die Zukunft ihrer Mitarbeiter riskieren, Sanktionssysteme?

Meine zweite Frage bezieht sich die Rolle der Frauen. Uns wird angeboten, zuerst die Kinder aufzuziehen und zu erziehen, um später die alternen Eltern zu pflegen. Geld zu verdienen, um in eine private Rentenversicherung einzahlen zu können, wird so kaum möglich sein – für Frauen ist das kein attraktives Lebensmodell.

Franz Müntefering: Die »organisierte Solidarität« haben wir in Form der großen sozialen Sicherungssysteme, die staatlich bestimmt sind, aber im Wesentlichen von denen getragen werden, die in diese System einzahlen. Jungen Menschen, die fragen, ob es sich »lohnt«, in die Krankenversicherung einzuzahlen, sage ich deutlich, dass die Krankenversicherung nur funktioniert, wenn viele Versicherte mehr hineinzahlen, als sie herausbekommen, damit diejenigen, die darauf angewiesen sind, mehr herausbekommen, als sie einzahlen. So funktioniert organisierte Solidarität, und zwar nicht als Gnadentakt, sondern auf Basis eines Rechtsanspruchs. Entsprechendes gilt für die Rente und die Arbeitslosigkeit.

Allein erziehende Frauen sind derzeit auch im Hinblick auf die soziale Sicherheit tatsächlich benachteiligt. Das geht auch auf mangelnde Betreuungsangebote für Kinder und – damit verbunden – auf die geringen Perspektiven für diese Gruppe auf dem Arbeitsmarkt zurück. Auf dieses große Potenzial können wir volkswirtschaftlich im Grunde überhaupt nicht verzichten. In den Schulen und an den Universitäten zeigen die Mädchen und Frauen bessere Leistungen als die Jungen und Männer. Dann kommt für die Frauen mit dem Kind der Karriereknick, und sie sind für lange Zeit außen vor. Die stille Reserve der kreativen Frauen müssen wir mobilisieren, wenn in den nächsten 10-15 Jahren immer wieder Facharbeiter und die Leute gesucht werden, die etwas können. Es gibt in Deutschland zwar eine große Arbeitslosigkeit, aber wir stehen auch vor einer massiven Qualifizierungsproblematik. Im Jahr 2010 werden in Europa, so scheint es, 600.000 Ingenieure fehlen, in Deutschland fehlen heute schon laut Branchenangabe mehr als 20.000 Ingenieure, die die Unternehmen im Alter von 25 bis 30 Jahren aus aller Welt holen wollen. Das geht in Ordnung, aber zunächst müssen wir die hierzulande arbeitslosen Ingenieure holen. Mit der Anschaffung neuester Maschinen ist es nicht getan, man muss auch mehr für die Qualifizierung der eigenen Leute tun und sie nicht mit 45 oder 50 Jahren auf die Straße schicken.

Kurt Biedenkopf: Wir gliedern im Augenblick praktisch die Hälfte der Bevölkerung aus einer ganzen Reihe von Funktionen aus, weil wir die Dinge nicht vernünftig organisiert haben. Für die Familiengründung sollte nicht nur ein ganz kurzes Zeitfenster zur Verfügung stehen. Die Frankfurter Universität z.B. baut zur Zeit einen Universitäts-Kindergarten mit Ganztagsbetreuung, so dass schon während des Studiums eine Familiengründung stattfinden kann. Die Generation der 25- bis 40-Jährigen braucht dafür allerdings eine stärkere finanzielle Unterstützung. Wir müssen in Deutschland von der überholten Auffassung abkommen, dass die Einkommen mit dem Alter steigen müssen. Man muss versuchen, die Einkommensverteilung über das Leben zu verändern, genauso wie die Arbeitsverteilung. Heute schreibt man den Leuten vor, wann sie aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen. Würde die Rentenhöhe ansteigen, wenn sie nicht mit 65 oder 67 Jahren, sondern erst mit 73 in Anspruch genommen werden würde, gäbe es möglicherweise mehr Motivation dafür, die Zwischenzeit anders zu überbrücken oder weiter zu arbeiten oder ein Häuschen zu bauen. Diese Flexibilität würde nicht weniger Schutz, sondern mehr Gestaltungsfreiheit bedeuten.

Publikum: Herr Müntefering, Sie waren in der rot-grünen Koalition dafür verantwortlich, dass den Großkonzernen Milliarden an Steuergeschenken gegeben worden sind. Diese Steuergeschenke führten in manchen Kommunen dazu, dass dort keine Einnahmen zu verzeichnen waren. Wie viel Milliarden Verluste hat diese Steuerpolitik von Rot-Grün gebracht? Und wäre es nicht sinnvoll gewesen, diese Milliarden in Bildung, Ausbildung und Wissenschaft zu stecken?

Publikum: Als 20-jähriger Student möchte ich Herrn Biedenkopf für seine Worte danken, die in mir wieder eine gewisse Zuversicht wecken. Zur Politikverdrossenheit: Ich bin selbst in der Kommunalpolitik tätig und habe während des letzten Kommunalwahlkampfes die Erfahrung gemacht, dass wir auf der kommunalen Ebene für die Sachen verantwortlich gemacht werden, die in Berlin ›verbockt‹ wurden. Die Politiker in Berlin eröffnen jungen Leuten zu wenig Perspektiven. Die Politik sollte den Leuten wieder mehr Vertrauen in die Politik vermitteln.

Franz Müntefering: Die in den Jahren 2001 und 2002 begonnene Unternehmens-Steuerreform werden wir in naher Zukunft noch fortsetzen. Ziel ist es, die Unternehmen zu begünstigen – in der Hoffnung, dass sie dadurch handlungsfähiger werden und dass letztlich in der Kasse des Staates wieder *höhere* Einnahmen zu verzeichnen sind. Das Körperschaftssteuer-aufkommen ist schon jetzt wieder höher als im Jahr 2000. Im Jahr 2004

sind aus Deutschland etwa 50 Mrd. Euro Unternehmensgewinne zu Schwesterfirmen in europäische Nachbarländer transferiert und dort versteuert worden. Dies könnte mit einem niedrigeren Steuersatz verhindert werden, und der Staat könnte einige Milliarden mehr einnehmen. Wir müssen eine gemeinsame Bemessungsgrundlage in Europa haben, damit wir uns nicht gegenseitig kaputt konkurrieren. Wir müssen also dafür sorgen, dass wir eine Steuer haben, mit der die Unternehmen in Deutschland realistisch arbeiten können. Wenn man die Unternehmen hier halten will, muss man diesen Zusammenhang sehen. Hier zeigt sich, dass die Entgrenzung da ist: Heute ist national nicht mehr so viel zu steuern wie noch vor ein paar Jahren.

Roland Czada: Mir scheint, in einem Punkt besteht Einigkeit: Es liegt an uns selbst, ob wir oder unsere Kinder eine ›Krise ohne Ende‹ erleben werden. Es ist spät, aber nicht zu spät, die Kräfte zu wecken.